

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2020/587

Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 13.08.2020: Generelle Diskussion und Beschlussfassung zum Mobilfunk 5G
--

Ausschuss regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV	01.09.2020	TOP
Kreisausschuss	21.09.2020	TOP
Kreistag	28.09.2020	TOP

Eingang per E-Mail am 13.08.2020

Gruppe grüneXsoli
Kreistag Lüchow/Dannenberg

Banzau, d.12.August.2020

Wir beantragen, folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Fachausschusses REWÖ am 1. September sowie des KA und KT zu setzen:

Generelle Diskussion und Beschlussfassung zum Mobilfunk 5G

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag spricht sich dafür aus, im Landkreis den Ausbau eines 5G Mobilfunknetzes aufgrund möglicher Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, aufgrund der globalen Auswirkungen auf Klima und Ressourcenverbrauch und der gravierenden Eingriffe in Grundrechte und Freizügigkeit nicht voranzutreiben.

Der Landkreis fördert keine Projekte, die Mobilfunk 5G nutzen. Insbesondere spricht sich der Kreistag gegen die Umsetzung des Konzeptes des Pilotprojektes „5G Use Cases für eine nachhaltige Landwirtschaft“ aus.

Begründung:

Studien zahlreicher Wissenschaftler warnen vor gesundheitlichen Schäden für den Menschen durch eine 5G Strahlung und schließen eine Schädigung der menschlichen Gesundheit nicht aus. So wenden sich zahlreiche Städte, zum Beispiel Genf oder Brüssel- aus dem Grundsatz der Vorsorge heraus- gegen die Einrichtung von 5G.

Im geltenden EU-Vertrag (Art.191) heißt es: „Die Umweltpolitik der Union beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung.“ Im Hinblick auf die bereits jetzt bekannten Risiken hochfrequenter Strahlung (auch der von 5G) fordern wir:

- das europäische Vorsorgeprinzip muss konsequent auch auf Mobilfunktechnologien angewendet werden und darf nicht in Händen eines industriellen Kartells liegen.
- Technikfolgenabschätzung ist Pflicht! Sie muss durch eine industrie- und regierungs-unabhängige Kommission unter Beteiligung bürgerschaftlicher Interessenverbände erfolgen. Ohne Bewertung der neuen Forschungsergebnisse über die Wirkungen der 5G-Frequenzen auf Menschen, Tier und Natur darf 5G nicht ausgebaut werden!
- Beweislastumkehr: Industrie und Staat müssen die Unschädlichkeit von 5G vor deren Einführung belegen.

Die globalen Auswirkungen der geplanten 5G Technologie auf Umwelt und Klima sind bedrohlich. Digitalisierung, schon jetzt, geht einher mit einem sehr hohen Energie- und Ressourcenverbrauch. Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ bezeichnet die Digitalisierung als einen „Brandbeschleuniger des steigenden Energie- und Ressourcenbedarfs sowie der Treibhausgasemissionen“. Der Aufbau der notwendigen weltweiten digitalen Infrastruktur für 5G (Sendemasten, Drohnen, Roboter, Satelliten usw.) sowie der gigantische Datentransfer der 5G Technologie würden zusätzlich diesen Bedarf erheblich erhöhen.

Der Abbau der dafür notwendigen Rohstoffe, z.B. Kobalt, Coltan, Gold oder Lithium und Seltener Erden zerstört weltweit die Umwelt, verseucht Grundwasser, Böden und Gewässer. Menschen, darunter Kinder, arbeiten unter menschenunwürdigsten Bedingungen.

Der Beginn der 5G Technologie erfolgt schleichend. Geplante Anwendungen wie u.a. autonomes Fahren führen aber zu Eingriffen in Persönlichkeitsrechte von Bürgern/Innen. Das ist mit demokratischen Grundprinzipien nicht vereinbar.

Mit einem Vorantreiben der 5G Technologie wären wir Teil dieses Geschehens und damit auch für die Folgen mit verantwortlich.

Weitere Begründung zu dem geplanten Pilotprojekt in Seerau vgl. Antrag der Gruppe grüneXsoli zum TOP 16 der Tagesordnung des Kreistages am 29.6. 2020

Hermann Klepper

Stellungnahme der Verwaltung:

entfällt
